

# ContraSalon

Dipl.- Ing. Jürgen Wahl - Privater politischer Brief - No. 15 1.8.2018

---

## Zur gegenwärtigen Lage der AfD

In Bayern, wo (wie in Hessen) im Oktober der Landtag gewählt wird, hat die AfD in Umfragen die SPD mit 17,5 zu 16 Prozent überholt. Schlimmer noch: Auf Bundesebene ist die Große Koalition auf 47% abgesackt. Zugleich steigt der Wähleranteil ständig an, der Koalitionen aus Union und SPD „im Prinzip“ nicht mag.

Die mediale Präsenz der AfD stieg stetig an. Während in früheren Zeiten rechte Parteien wie die NPD keine Chance hatte, Radio und vor allem Fernsehen zu kommen, geht es der AfD viel besser. Bei Bundesthemen gibt es AfD-Interviews, wenn auch denkbar kurze. In den deutschen Medien wird dieser Kurswechsel damit erklärt, dass es inzwischen eine relativ große AfD-Bundestagsfraktion gibt. Eine NPD-Fraktion gab es im Bundestag nie.

Wer von der AfD ist bekannt? Gerade mal Alexander Gauland („Bundesprecher“ genannt, nicht „Vorsitzender“) und Alice Weidel („Beisitzerin“) schafften es zuweilen auf den **letzten** Platz der SPIEGEL-Liste für Politprominenz. Etwa gleich häufig sieht man im TV Prof. Meuthen („Bundessprecher“). Seltener gefragt: Beatrix von Storch, Albrecht Glaser, Georg Pazderski. Alle sechs genannten „Sprecher“ bilden nur ein Drittel der Bundesspitze. Resultat: Die meisten Wähler sind außerstande, die AfD mit einem Namen zu verbinden. Gleichwohl steigt die AfD in Umfragen.

Dabei macht die AfD wenig zu ihrer medialen Stärkung. Die „Junge Freiheit“ hat seit Beginn 2018 nur um ein halbes Prozent zugenommen und steht bei 30.000 Verkauf und 35.000 Druck. Keine Regionalzeitung ist zur AfD übergelaufen. Der AfD-Zuwachs in Umfragen beruht weiterhin nur auf der Wirkung von Politik. An der Spitze der Wirkung, so heißt es immer wieder, stünden die Themen illegale Einwanderung und „zu viele Ausländer“.

Doch so ist es nicht. Auf der Zwanzigerliste „Für die Deutschen wichtigste Probleme“ steht „Asyldebatte“ erst auf Platz 13. Sorgen um Renten oder medizinische Versorgung rangieren höher.

Wie reagiert die AfD? Sie hat vor allem mit Erfolg dafür gesorgt, dass aus ihren Reihen keine Töne mehr kommen, die an den NS erinnern. Sie bleibt vor allem bei der Ablehnung der Asyl-Praxis, freilich in Übereinstimmung mit fast 90% der Bürger. Doch sie nimmt längst auch andere Themen auf, die Landtagswahlkämpfe werden damit geplant.

Typisches: „Mesut Özil ist leider typisches Beispiel für gescheiterte Integration“ = Alice Weidel im Fernsehen;

Andere Sprecher: „Zunehmende Gewalt an Schulen durch **Inklusion mit der Brechstange**“ – „Dialog und Kooperation mit Russland statt Konfrontation und Sanktionen“ – „Weiße Minderheit in Südafrika schützen!“ - „Immer weniger Grün im roten Hamburg“ - „EU-Asylkompromiss – CSU fällt um wie ein morscher Baum“ - „Schließt die Al-Muhadjirin-Moschee und weist die Hassprediger aus !“ - „Gegen die Enteignung von Diesel-Fahrern“.

Im Augenblick, so AfD-Funktionäre, würden für die Partei das politische Programm und einige Aussagen aus Wahlkämpfen weiter gelten, Doch es gibt noch keine **einvernehmlichen** Kampfparolen im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen. Richtig! Doch es gibt in AfD-Führungskreisen mit Schwerpunkt Zuarbeit aus den AfD-Landtagsfraktionen sehr wohl Aussagen und Parolen für die Restzeit 2018. Diese Aussagen tauchen nicht nur in der Wochenzeitung „JUNGE FREIHEIT“ auf, welche quasi AfD-offiziell agiert. Wir analysierten aus ihr ein **jetzt verbreitetes „10-Punkte-Programm“**:

„Respektiert die Nationen!“ Die EU sei ein „Zusammenschluß von Nationalstaaten“, mehr nicht. Ohne Nationalstaat, so heißt es, gäbe es keine Demokratie (!?).

„**E**uropapolitik ist Staatenpolitik, keine EU-Innenpolitik. Staaten sind die handelnden Subjekte des Völkerrechts, die EU soll ihnen dafür eine Plattform bieten, ohne selbst Staat sein zu wollen.“ Dennoch wird hier formuliert: „Internationale Politik, Handels- und Sicherheitspolitik sind die klassischen Felder, auf denen eine Zusammenarbeit zwischen Staaten sinnvoll ist.“ Finanz-, Sozial- und Innenpolitik sei nur Sache jedes Mitgliedstaates.

„**R**osinenpickerei ist kein Schimpfwort: Jeder Staatsmann ist seinem Souverän, dem Volk, verpflichtet, das Beste für das eigene Land herauszuholen. Wenn zwei, drei oder mehrere Staaten sich im übereinstimmenden Interesse zusammenfinden, um ein drängendes Problem – zum Beispiel die Schließung illegaler Migrationsrouten – gemeinsam zu lösen: gut so. Wo keine länderübergreifende Vereinbarung zustande kommt, handelt jeder Staat für sich: Das ist echte Subsidiarität.“ Nicht nur dieser Passus verrät, dass die Autoren nicht wissen, wie Rat und Kommission arbeiten.

„**B**is zu vier Fünftel der in nationalen Parlamenten verhandelten Rechtsakte sind direkt oder indirekt Umsetzung von EU-Vorgaben. Ausgeheckt nicht selten von Bürokraten **in von niemandem gewählten und kontrollierten Gremien.**“ Wieder das Gleiche: Die Autoren wissen nichts vom Kräfteverhältnis zwischen Ministerräten und von diesen geführter Bürokratie. Und die angeblichen „vier Fünftel“ sind zwei Fünftel zu hoch.

„**W**irtschaft zentral und politisch steuern zu wollen – sei es die Kohle- und Stahl-Industrie, die Agrarwirtschaft oder die „Digitalisierung“ – ist eine überholte Vorstellung aus dem Jahrhundert des *Sozialismus* (???) – Subventionen zu verteilen sollte keine Aufgabe der EU mehr sein. Sie sollte wieder eine Zone des Freihandels werden, in der die Nationen ohne Zollschränken untereinander im freien Wettbewerb prosperieren können.“

„**E**uro?? Er ist das wohl teuerste Experiment in der europäischen Geschichte. Der Versuch, unterschiedliche Volkswirtschaften mit divergierenden Interessen und hohem Wirtschaftskraftgefälle ohne politische Union ins Korsett einer gemeinsamen

Währung zu zwingen. So etwas hat noch nie funktioniert. Der Preis für das Festhalten am Euro ist exponentiell wachsende Umverteilung, massive Entmündigung und Entmachtung der Mitgliedstaaten“. Man darf hier zugeben, dass die Euro-Einführung ohne Fortschritte zur politischen Union ein Problem bleibt. Kohl hat nicht durchsetzen können, was die Union oft aussagte.

„**E**uropa ist kein Staat und kann demokratisch legitimiert auch keiner sein; ein europäisches Staatsvolk gibt es nicht. Wozu dann ein „Parlament“, das gar keines ist, weil es kein „Volk“ repräsentiert und keine „Regierung“ kontrolliert...“ „Ehrlich wäre es, die Parlaments-Simulation abzuschaffen und durch eine Staatenkammer aus Vertretern der nationalen Parlamente als Pendant zu den Räten der Minister und Regierungschefs zu ersetzen.“ Das solche Gremien kaum demokratisch sein können, wurde oft bewiesen. Dennoch könnte die verlangte „Lösung“ Eindruck machen.

„**P**olitische Integration und maximale territoriale Ausweitung schließen sich aus.“ (????)– „Je weniger die Mitgliedstaaten durch für alle verbindliche Vorschriften, Subventions- und Umverteilungsapparate und institutionelle Überbauten aneinandergekettet werden, desto offener kann die reformierte EU für Teilnehmer mit unterschiedlichsten Voraussetzungen sein.“ Riecht britisch und ist falsch...

„**D**ie Räte der Minister und Regierungschefs sind entscheidend, und diese wiederum sind ihren nationalen Parlamenten verantwortlich. Kommissionspräsident, Kommission und Kommissare, aber auch Außen- und andere hauptamtliche Beauftragte, die sich als übergeordnete Institutionen verstehen und nicht als Dienstleister der Nationalstaaten, stehen dazu ebenso im Widerspruch wie Mehrheitsentscheidungen und Konsenszwang.“ Besonders drastisches Falschurteil über die EU-Bediensteten und deren Verantwortlichkeiten.

„**D**ie Europäische Union muss der Ort sein, an dem sich die Nationalstaaten Europas friedlich und auf Augenhöhe begegnen, um ihre Interessen abzugleichen, gemeinsame Ziele zu verfolgen oder Differenzen beizulegen. Nicht mehr – und nicht weniger. Das ist ein gewaltiger Fortschritt gegenüber dem Zeitalter der europäischen Bruderkriege. Und eine Errungenschaft, die wir nicht leichtfertig durch imperialen Größenwahn aufs Spiel setzen sollten.“ - Klingt schön. Ist richtig, widerspricht aber den neun Punkten davor.

---

**Die Verfasser der zehn vorstehenden Punkte operieren mit dem Slogan „Weniger EU ist mehr Europa“. Die CDU/CSU braucht dringend neue OFFENSIVE Europa-Programm-Aussagen für ihre Mitgliedschaft. Sie fehlen schon seit langer Zeit. Jürgen Wahl**